V-20 Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt. Gegen den radikalisierten Konservatismus der Berliner CDU und die Entrechtung von Schutzsuchenden in Berlin

Gremium:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	25.10.2024
Tagesordnungspunkt:	TOP 9 Verschiedenes

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder Mensch ist einzigartig und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.“ – so lautet der erste Satz im Bündnisgrünen Grundsatzprogramm.

Der Fakt, dass Rechte für alle gleich gelten, ist ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Die Würde und Freiheit eines jeden Individuums sind eng mit stabiler Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verbunden.

Unser Land ist vielfältiger denn je, was zu einer dynamischeren, kreativeren und inklusiveren Gesellschaft führt. Die Grundlage dieser Gesellschaft ist eben die Allgemeingültigkeit ihrer rechtlichen Basis. Diese gibt Sicherheit, fördert den sozialen Zusammenhalt und bereichert das wirtschaftliche sowie kulturelle Leben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Politik ein, die die Vielfalt unserer Gesellschaft als Stärke sieht und die Freiheit aller verteidigt. Wir gestalten die Zukunft Deutschlands als eine gerechte, offene und vielfältige Migrationsgesellschaft.

Der Prüfstein dieser Prinzipien besteht darin, wie wir mit unseren schwächsten Mitgliedern umgehen, denjenigen, die nicht für sich lobbyieren können.

Eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit schützt die Rechte aller, insbesondere der verletzlichsten Gruppen. Indem wir sicherstellen, dass auch die Schwächsten Zugang zu ihren

vollen Rechten haben, auch mittels unabhängiger Beschwerdestellen, unabhängigem Menschenrechts-Monitoring, anwaltlicher und rechtspolitischer Vertretung, sowie *human rights budgeting*, stärken wir die Gesellschaft und das demokratische System als Ganzes. Wenn wir auf die Bedürfnisse und Rechte derjenigen achten, die am meisten Unterstützung benötigen, fördern wir zudem ein gerechtes und inklusives System für uns alle. Letztlich profitieren wir alle von einer Gesellschaft, die die Würde und Freiheit jedes Individuums respektiert und schützt.

Gerade wenn uns der Wind von rechts entgegenbläst, müssen wir zu unseren Werten von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stehen und für sie kämpfen.

Wir erkennen an, dass erhebliche Herausforderungen bei der Unterbringung von Geflüchteten und in der sozialen Infrastruktur, wie Schulen und Kindergärten, bestehen. Dennoch sind Abschottung, Abschiebung und eine immer schlechtere Behandlung – wie die Einführung der Bezahlkarte und der Ausschluss von Sozialleistungen – nicht der richtige Ansatz, um diese Probleme zu bewältigen.

Die Asylrechtsverschärfungen von CDU und SPD mögen zwar Härte im Umgang mit Geflüchteten auch und gerade in einer krisenhaften Zeit, die in Europa viele rechte Regierungen und Wahlerfolge für rechtsextreme Parteien wie die AfD hervorgebracht hat, signalisieren, doch sie lösen die bestehenden Probleme nicht, sondern verstärken sie. Für den Fall, dass eine Politik der Entrechtung tatsächlich umgesetzt würde, würde das den Übergang von der freiheitlichen Demokratie zum Autoritarismus bedeuten. Für den wahrscheinlicheren Fall, dass die Politik der Entrechtung in der freiheitlichen Demokratie nicht umsetzbar ist, wird das Resultat sein, dass sie rechte Stimme bestärkt, anstatt sie zu entwaffnen. Denn dieses Ergebnis bestätigt nur extreme, rassistische und antidemokratische Narrative und rückt sie

als sagbar in die Mitte der Gesellschaft. Rechtspopulistische Entrechtungspolitik hält auch verfassungs- und menschenrechtlicher gerichtlicher Kontrolle nicht stand – zumindest nicht im menschenrechtsbasierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Diese institutionelle Dynamik führt in ohnehin krisenhaften Zeiten zu weiteren Vertrauensverlusten der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik.

Der sich vor unseren Augen abspielende rechtspopulistische Überbietungswettbewerb spielt Rechtsextremist*innen in die Hände, deren menschenverachtende Deportationsphantasien plötzlich salonfähig werden. Das von der CDU von der AfD kopierte und kürzlich sogar ins neue Grundsatzprogramm der CDU aufgenommene „Ruanda-Modell“ zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Europa ist ein ebenso herausragendes wie abschreckendes Beispiel für die Normalisierung rechter Politik und die Radikalisierung des Konservatismus.

Darüber hinaus sendet die Politik der Entrechtung fatale Signale in die Migrationsgesellschaft, die uns bereichert und auf die wir angewiesen sind.

Arbeitsverbote sowie fehlende Integrations- und Teilhabeangebote wie Ausbildungsplätze und Beschulung in Regelschulen anstatt in Aufnahmeeinrichtungen, wie es in Berlin passiert, führen zur Isolation von Migrant*innen und verhindern deren aktive Teilnahme an unserer Gesellschaft. Dies ist von niemandes Interesse, da sie so unselbstständig und unmündig gemacht werden, während vom Staat eingesetzte Mechanismen die Verantwortung für das Leben dieser Menschen übernehmen müssen.

Zudem verstärken die Unterbringung in Massenunterkünften und die Ghettoisierung die Entfremdung und Isolation und können zu einer Zunahme von Kriminalität führen. Statt Kriminalität und Extremismus zu bekämpfen, werden sie durch diese Maßnahmen begünstigt.

Eine Einteilung in „nützliche“ Migrant*innen (Arbeitskräften, die bleiben dürfen) und „irreguläre“ Schutzsuchende, die abgeschoben werden sollen, gefährdet unsere freiheitliche Demokratie, spaltet unsere Gesellschaft und macht wirtschaftlich keinen Sinn. Neben der Tatsache, dass selbst bei gut ausgebildeten Menschen oft keine legale Möglichkeit der Einreise besteht, werden hier die Chancen verkannt, die auch diejenigen für unsere Gesellschaft darstellen, die noch zusätzliche Sprachkenntnisse oder Bildungsabschlüsse erwerben müssen.

Die Radikalisierung in den Forderungen der in Berlin regierenden CDU und SPD, stark beeinflusst durch die erschütternden Wahlergebnisse in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, verstärkt die soziale Ausgrenzung der Schwächsten, führt zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und spielt antidemokratischen Kräften in die Hände. Letztlich ist es entscheidend, die Würde und Rechte aller Menschen zu achten, um ein gerechtes und inklusives System zu fördern.

Die von Kai Wegner und Iris Spranger geforderten Maßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts sind nichts anderes als rechtspopulistische Symbolpolitik in Reaktion auf schreckliche Ereignisse wie das Messerattentat in Solingen und den glücklicherweise vereitelten Terroranschlag auf die israelische Botschaft in Berlin. Wir lehnen jegliche Generalisierungen und Rassismen gegenüber Geflüchteten, Menschen mit Migrationsgeschichte und muslimisch gelesenen Menschen ab. Die Tat einer Einzelperson lässt in keinster Weise einen Rückschluss auf geflüchtete Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder muslimisch gelesene Menschen im Allgemeinen zu. Statt Menschen auf Grund ihrer (vermeintlichen) Herkunft unter Generalverdacht zu stellen und ihre Rechte weiter einzuschränken, sollten bei der Erarbeitung politischer Konsequenzen Hintergründe von Radikalisierung und psychischer Erkrankung identifiziert und ausgewertet werden.

Zunehmende Kürzungen im sozialen Bereich, insbesondere in der psychosozialen Versorgung von

geflüchteten Menschen, aber auch die zunehmend desolate Situation in den Wohnheimen, führen zu einer Prekarisierung von psychischen Auffälligkeiten, gleichzeitig fehlt es an Prävention von Radikalisierung. Hinzu kommt, dass das deutsche Asyl- und Migrationssystem, durch einen Mangel an Identifikation von Hilfebedarfen, Personalmangel und menschenunwürdigen Bedingungen in Behörden und Unterkünften, Belastungsfaktoren und Vulnerabilität erhöht, statt Unterstützung zu bieten. Ein System, das Menschen handlungsunfähig macht und in menschenunwürdigen Bedingungen ausharren lässt, verstärkt psychische Belastung und Erkrankung, Wut und Radikalisierung, anstatt diese zu bekämpfen.

Extremismus, insbesondere Islamismus, kann nicht durch Gesetzesverschärfungen wie die Streichung der Grundversorgung von Schutzsuchenden und Abschiebungen bekämpft werden.
Migrationspolitik im Kontext von Terrorismusbekämpfung zu diskutieren ist ein gravierender politischer Fehler. Vielmehr wird unsere freiheitliche Demokratie dadurch gefährdet und an den Rande des Übergangs zum Autoritarismus geführt.

Geflüchtete unter Generalverdacht zu stellen, immer weiter zu entrechten und für die multiplen Krisen unserer Zeit verantwortlich zu machen, ignoriert die Realität, dass viele dieser Menschen selbst vor Islamismus und Terror fliehen mussten.

Die aktuellen Vorschläge von Kai Wegner stehen für einen Populismus, der die Radikalisierung des Konservatismus vorantreibt und unsere Demokratie gefährdet.

Wir müssen uns dem entschieden entgegenstellen.

Diese Maßnahmen lösen keine Probleme, sondern machen das Leben vieler Menschen beschwerlicher.

Diese Entwicklung macht unser Land ärmer und ist ein Nährboden für extremistische Parteien wie die AfD, deren falsche, autoritäre und menschenfeindliche Narrative nur gestärkt werden.

Unsere Antwort auf Trumpismus, AfD-Wahlerfolge und den sich immer weiter radikalisierenden Konservatismus der Merz- und Wegner-CDU muss auf Prävention und demokratischer Teilhabe basieren. Demokratieförderung, Menschenrechts- und Sozialpolitik sind entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und Rechtspopulismus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Vielfalt unserer Gesellschaft stärkt und die Freiheit aller verteidigt.

Ein herausragendes Beispiel für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in Berlin ist das Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG), das aus einer Initiative der Bündnisgrünen Fraktion hervorgegangen ist. Durch die Förderung von Integration und Partizipation wird der soziale Zusammenhalt gestärkt, was zu einer harmonischeren und stabileren Gesellschaft beiträgt. Insgesamt stellt das Gesetz einen bedeutenden Fortschritt in Richtung einer gerechteren und inklusiveren Stadtgesellschaft dar, die die Potenziale aller ihrer Mitglieder erkennt und fördert.

Ein weiteres zukunftsgerichtetes Beispiel für Teilhabe und Mitgestaltung in unserer Migrationsgesellschaft ist die Bundesratsinitiative der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke vom 20. Oktober 2022. Diese Initiative fordert, dass der Senat im Rahmen seiner Kompetenzen darauf hinwirkt, das Wahlrecht für Unionsbürger*innen auf die Landesebene zu erweitern. Zudem soll Drittstaatsangehörigen, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben, ebenfalls das Wahlrecht auf Landes- und kommunaler Ebene ermöglicht werden.

Statt in alte reaktionäre Muster zurückzufallen, die unsere Migrationsgesellschaft nicht anerkennen und unsere freiheitliche Demokratie gefährden, sollten wir mutig zukunftsorientierte Projekte vorantreiben. Nur so können wir als Stadtgesellschaft Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt leben.

Begründung

https://www.tagesspiegel.de/berlin/migration-wegner-offen-fur-neuausrichtung-des-grundrechts-auf-asyl-12584759.html

https://www.tagesspiegel.de/berlin/familien-trennen-warnungen-verhindern-berlins-innensenatorin-legt-funf-punkte-plan-fur-mehr-abschiebungen-vor-12363491.html

https://www.cdu-fraktion.berlin.de/image/daten/blog_202407081050_240707_positionspapier_migration__integration__wirtschaft.pdf

https://taz.de/Deutsche-Asylpolitik/!6041565/

https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IIIPlen/vorgang/d19-0609.pdf

https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/#:~:text=Das%20Gesetz%20soll%20die%20Partizipation,Berliner%20Stadtgesellschaft%20(Migrationsgesellschaft)%20fördern%20und

Natascha Strobl: Radikalisierter Konservatismus

Natascha Strobl argumentiert, dass die Radikalisierung konservativer Parteien in Europa auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. Sie betont, dass viele dieser Parteien sich zunehmend populistischer Rhetorik bedienen, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren, insbesondere in Bezug auf Migration, Identität und Sicherheit. Diese Strategie zielt darauf ab, Wähler*innen zu mobilisieren, die sich in einer sich schnell verändernden Gesellschaft bedroht fühlen.

Strobl hebt hervor, dass die Radikalisierung oft mit einer Abkehr von traditionellen konservativen Werten einhergeht, hin zu extremen Positionen, die xenophobe und nationalistische Tendenzen fördern. Diese Entwicklung kann zu einer Spaltung innerhalb der Gesellschaft führen und demokratische Prinzipien untergraben, da die Diskurse polarisiert und extremisiert werden.

Insgesamt warnt sie davor, dass diese Radikalisierung nicht nur die politischen Landschaften destabilisiert, sondern auch das Fundament der Demokratie gefährdet.

Die Forderungen von SPD und CDU können als klares Indiz für die Radikalisierung konservativer Parteien im Sinne von Natascha Strobl betrachtet werden, weil sie typische Merkmale populistischer und extremisierender Politiken aufweisen:

1. **Populistische Rhetorik**: Die Betonung auf Sicherheit und der Aufruf zu härteren Maßnahmen gegen Migrant*innen spricht Ängste in der Bevölkerung an. Dies ist eine Strategie, die darauf abzielt, Wähler*innen zu mobilisieren, die sich durch soziale Veränderungen bedroht fühlen.

2. **Spaltung der Gesellschaft**

: Die Forderungen schaffen eine dichotome Sichtweise, die zwischen „nützlichen“ und „irregulären“ Migrant*innen unterscheidet. Diese Art der Kategorisierung fördert eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft und verstärkt das Gefühl der Fremdenfeindlichkeit.

3. **Abkehr von traditionellen Werten**: Anstatt integrative und gerechte Lösungen zu fördern, setzen SPD und CDU auf repressive Maßnahmen, die oft in Konflikt mit grundlegenden Menschenrechten stehen. Dies steht im Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien und könnte als Radikalisierung der politischen Ansätze interpretiert werden.

4. **Vereinfachung komplexer Probleme**: Indem komplexe gesellschaftliche Herausforderungen wie Migration und Integration auf einfache, populistische Lösungen reduziert werden, wird der gesellschaftliche Diskurs polarisiert. Dies ist ein zentrales Merkmal der Radikalisierung, die Strobel in ihrer Analyse beschreibt.

Insgesamt spiegeln die Forderungen von SPD und CDU die Tendenz wieder, sich populistischen und extremistischen Rhetoriken zuzuwenden, was in Strobls Analyse als gefährlich für die demokratische Kultur angesehen wird.